

Bern, 22. Juni 2020

**Nein zur Kündigungsinitiative:**

**Keine unkontrollierbaren Experimente!**

**Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, sagt klar Nein zur Eidgenössischen Volksinitiative „Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“. Es handelt sich um eine arbeitnehmerfeindliche Initiative, weil mit der Aufhebung der Personenfreizügigkeit auch die flankierenden Massnahmen und damit der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen aufs Spiel gesetzt würden. Zudem gefährdet die Initiative Arbeitsplätze und verlangsamt die wirtschaftliche Erholung nach Corona.**

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse / alt Nationalrat

Der Auftritt der vier Dachverbände der Sozialpartner mit Bundesrätin Keller-Sutter zeigt, wie wichtig die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union für die Schweiz sind. Die Schweiz braucht geordnete Beziehungen mit ihren Nachbarländern und wichtigsten Handelspartnern, sie sind zentral für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Dank ihnen stieg die Anzahl Arbeitsplätze in den letzten Jahren kontinuierlich auf über 5 Millionen. Die Corona-Krise hat jetzt zu einem Einbruch geführt.

Während der Krise konnte vielen Menschen mit Corona-EO und der Kurzarbeitsentschädigung Sicherheit gegeben werden. Trotzdem machen sich angesichts der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage viele Arbeitnehmende Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Für Travail.Suisse ist es wichtig, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeit aufzuzeigen, dass die Schweiz die Krise mit den bilateralen Verträgen besser und vor allem rascher überwinden kann. Kündigen wir die Personenfreizügigkeit und damit die bilateralen Verträge, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass ein Teil der betroffenen Arbeitsplätze ins Ausland verschoben wird und damit die Arbeitslosigkeit verschärft bzw. verlängert würde.

Gemäss den aktuellen Wirtschaftsprognosen kann davon ausgegangen werden, dass sich die Situation auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt innert einem oder zwei Jahren wieder erholen wird. Bei einem Wegfall der bilateralen Verträge muss die Schweiz indes damit rechnen, dass der konjunkturelle Abschwung in eine strukturelle Krise übergeht und der Schweiz eine länger dauernde Phase hoher Arbeitslosigkeit bevorstehen wird. Dieses Experiment ist alles andere als im Interesse der Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Für die Arbeitnehmenden wäre die Situation noch explosiver, weil mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit auch der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen hinfällig würde. Die flankierenden Massnahmen garantieren, dass in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden und Schweizer Arbeitsbedingungen gelten. Mit der Stellenmeldepflicht, den Standortbestimmungen für ältere Arbeitnehmende und den vom Parlament soeben beschlossenen Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose konnten zudem noch weitere Instrumente zur gerechteren Verteilung der Wohlstandsrendite eingeführt werden. Das zeigt: Die Schweiz kann souverän über eigenständige Lösungen für bestehende Probleme entscheiden.

Mit den flankierenden Massnahmen wird der Schweizer Arbeitsmarkt so gut kontrolliert wie noch nie und diese Kontrollen werden laufend verbessert. Dass es sich dabei um äusserst effektive Instrumente zur Aufdeckung von Lohndumping handelt, hat der letzte Seco-Bericht einmal mehr aufgezeigt. Sie machen den Arbeitsmarkt transparenter und helfen damit mit, das Unterbieten von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Wichtig zu erwähnen: Nicht nur die Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitnehmenden werden kontrolliert, sondern auch jene von allen Arbeitnehmenden in der Schweiz.

In Zukunft wird dieser Schutz wichtiger denn je. Mit einem Nein zur Kündigungsinitiative kann gerade in den kommenden, schwierigeren wirtschaftlichen Zeiten, in welchen der Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen steigen wird, dank den bewährten Kontrollen weiterhin wirksam gegen die Verwilderung der Arbeitsbedingungen vorgegangen werden. Travail.Suisse lehnt deshalb die Kündigungsinitiative und die damit verbundene Opferung der flankierenden Massnahmen entschieden ab.

Für mehr Informationen:

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse, Tel. 079 287 04 93